Potsdams andere Seiten

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August 2020 Nr. 8 · 16. Jahrgang

Gewerkschaften und DIE LINKE leisten Widerstand

Austausch- und Vernetzungstreffen in Sachen möglicher Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst/Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der LINKEN; Norbert Müller, (MdB DIE LINKE) Stefan Bornost (Ver.di) – gefragte Ansprechpartner.

Der Kreisvorstand hatte für den 12. August 2020 zu 17.00 Uhr zu einem Austausch- und Vernetzungstreffen in den Hof des Lothar-Bisky-Hauses in der Alleestraße 3 eingeladen, um über die anstehende Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst zu sprechen. Die Einladung richtete sich explizit an alle Genoss*innen, welche Arbeitsverhältnisse haben, die unter den Geltungsbereich des TVöD fallen und implizit an alle Genoss*innen, welche die kommenden Auseinandersetzungen solidarisch begleiten wollen. Als Gäste konnten wir Stefan Bornost, Gewerkschaftssekretär bei Verdi, Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der LINKEN und Norbert Müller, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, herzlich begrüßen. Durch die Diskussion führte Isabelle Vandre, MdL, (Foto).



Die Gäste standen Rede und Antwort.

Wie ist der aktuelle Stand: Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hat das Angebot von Ver.di ausgeschlagen, die Tarifrunde auf 2021 zu verschieben und will die durch die Coronapandemie verstärkte organisatorische Schwäche der Gewerkschaften ausnutzen, um eine vierjährige Nullrunde im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Das ist eine einmalige Kampfansage an die Gewerkschaften und ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die in der Pandemie den Laden am Laufen gehalten haben. Vor drei Monaten wurde noch anerkennend für die Held*innen des Alltages geklatscht und nun sollen sie mit einer Nullrunde die Kosten der Krise tragen. Das ist inakzeptabel und erfordert koordinierten Widerstand der Gewerkschaften und der LINKEN. Damit befinden wir uns kurz vor der ersten großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Verteilung der Krisenlasten. Wie es zu erwarten war, sollen die Kosten nach unten durchgereicht werden. Unser Kreisverband wird in dieser bundesweiten Auseinandersetzung eine herausragende Rolle einnehmen, da die Tarifgespräche ab dem 1. September erneut in Potsdam stattfinden werden. Der Fahrplan sieht in etwa so aus, dass am Weltfriedenstag um 10 Uhr eine erste Ver.di-Demonstration in Potsdam stattfinden wird. Mitte September ist dann mit der ersten Warnstreikwelle und bis Mitte November mit der zweiten zu rechnen. Im Anschluss daran wird es zur Schlichtung kommen und wenn diese scheitert, will Ver.di in den Vollstreik gehen. Daraus ergeben sich für uns als LINKE zwei Aufgaben:

Einerseits wollen wir unsere Genoss*innen mit Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst dabei unterstützen, die Auseinandersetzungen vor Ort in den Betrieben zusammen mit den Gewerkschaften zu organisieren und die Streikfähigkeit zu verbessern. Andererseits wird es um die öffentliche Meinung gehen. Ver.di wird sich auf die Betriebe konzentrieren müssen, und es wird unsere Aufgabe als LINKE sein, die Bürger*innen von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Streikmaßnahmen zu überzeugen. Dies kann durch Infostände und Solidaritätsveranstaltungen für die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes ab September geschehen.

Roland Gehrmann
Kreisvorsitzender

In dieser Ausgabe

LINKS in der EU
2 Sieben Forderungen der LINKEN an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

LINKS intensiv
3 Online-Info: LINKS bewegt/ Gute Rente – gutes Leben/ Mindestlohn – außer Applaus nichts gewesen

LINKE Kalenderblätter
4 75 Jahre Potsdamer Abkommen/ Kalenderblätter des Monats

LINKS IM RATHAUS
5 Sport im Volkspark/ Fußweg in der Ziolkowskistraße wird saniert/ Liebknechtstraße mit neuem Gesicht/ Sonnenschutz für Kinderspielplätze

LINKS DIREKT
6 Projekt „Wohnen am Stern"/ Förderpreis der RL-Stiftung/
7 Jugendbildungsstätten erhalten/ Spendenkampagne für „Scholle 51" unterstützt

DIE LETZTE SEITE
8 Turbine und Babelsberg 03 im Blick/ Ausstellung TRANSFORMALE/ Voltaire-Lessing-Ehrung wieder instandgesetzt

Mitgliedertag DIE LINKE.Potsdam am 5. September im „Karli"

Auf seiner Sitzung am 13. August 2020 befasste sich der Kreisvorstand in der Hauptsache mit der Vorbereitung auf die anstehende Nominierungsversammlung des/der Bundestagskandidaten/in für den Wahlkreis 61. Diese Versammlung findet im Rahmen eines Mitgliedertages statt. Per Redaktionsschluss haben zwei Genossen ihre Kandidaturen angemeldet: das derzeitige Mitglied des Bundestages Norbert Müller und Dr. Ronald Pienkny.

Der Mitgliedertag beginnt am 5. September 2020 um 10.00 Uhr – Corona-bedingt - im Karl-Liebknecht-Stadion mit der Nominierung. Darauf folgt um 12.30Uhr die Wahlversammlung der VertreterInnen zur Aufstellung der Landesliste. Und schließlich beginnt um 15.00 Uhr die Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Potsdam.

Informationen der Redaktion

Die Septemberausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 16. September 2020. Redaktionsschluss ist dann am 04..September 2020.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Konsequent gegen Rassismus



Nach dem brutalen Mord an George Floyd hat sich das Europäische Parlament auf Initiative der Linksfraktion GUE/NGL in einer emotional geführten Debatte mit Rassismus und willkürlicher Polizeigewalt auseinandergesetzt. Eine mit großer Mehrheit von den progressiven und demokratischen Kräften verabschiedete Resolution spricht sich gegen willkürliche Polizeigewalt, darunter auch diejenige, die sich gegen die sozialen Proteste nach der Ermordung von George Floyd in den USA abspielte aus, bezieht klar Stellung für Antirassismus, gegen Sklaverei und fordert die Aufarbeitung des kolonialen Erbes.
Zwei Drittel der EU-Parlamentarierinnen und Parlamentarier verurteilen in der Erklärung willkürliche und rassistisch motivierte Polizeigewalt und stellen fest, dass sie nicht nur in den USA sondern auch mitten unter uns in der EU existiert. Sie verstößt gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtscharta – dem Recht auf Unversehrtheit. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind Straftaten und keine Meinungen. Durch die Erklärung verurteilt das Parlament alle Fälle von Hassverbrechen und Hassreden, sowohl offline als auch online, wie sie in der EU tagtäglich vorkommen.
Worauf wir als Linke im EP besonders stolz sind: Als erste internationale Institution überhaupt hat das Europäische Parlament Sklaverei als Ungerechtigkeit und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und fordert gleichzeitig die Aufarbeitung der Gräueltaten des Kolonialismus.
Dass es diese Debatte im EP überhaupt gab und das Europäische Parlament zu einer so progressiven Position gezwungen worden ist, ist ein großer Erfolg unserer Fraktion. Damit bereiten wir den Boden für die weitere politische Arbeit in Sachen Antirassismus, um gemeinsam mit den Betroffenen, der Zivilgesellschaft, den NGOs und im Parlament ein für alle Mal deutlich zu machen, dass Rassismus im Alltag und in seiner strukturellen und institutionellen Ausprägung keinen Platz in unserer Gesellschaft hat.

Dr. Martin Schirdewan

Diese Chance nicht verspielen

Vorgestellt: Sieben zentrale Forderungen der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament an die deutsche Ratspräsidentschaft

Die EU hat seit vielen Jahren große Probleme, die die Corona-Pandemie auf schmerzliche Weise verstärkt und sichtbar gemacht hat. Die EU-Kürzungsdiktate der EU-Kommission, die vielen Staaten nicht zuletzt auf Druck Deutschlands aufgebürdet wurden, haben die europäischen Gesundheits- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs geführt.
Am 1. Juli 2020 übernahm die Bundesregierung den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Das wäre der Moment, die desaströse Politik der letzten Jahre zu beenden und mit einer solidarischen Politik anzufangen. Hier sind sieben unserer Forderungen für Maßnahmen, die nach der Corona-Krise für eine solidarische Neuausrichtung getroffen werden müssen.
Erstens: Der EU-Haushalt, der im Moment nur ein Prozent des Bruttoinlandprodukts beträgt, muss massiv erhöht werden. Und er muss noch viel stärker dem Kampf der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten gewidmet werden. Die Krise zeigt: Die EU muss gemeinsam und nicht gegeneinander handeln. Deshalb braucht es Corona-Bonds um mit gemeinsamen Anleihen in die Zukunft investieren zu können. Die EU-Förderpolitik muss ab sofort vor allem ökologisch-nachhaltig und sozial ausgerichtet sein.
Zweitens: Der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien und zu einer nachhaltigen Wirtschaft, "Just Transition" genannt, muss fair und gerecht sein. Der Fonds für diesen Übergang muss erneuerbare Energieträger viel stärker fördern als fossile. Nur dann schaffen alle EU-Mitgliedstaaten den nötigen Umbau ihrer Wirtschaft.
Drittens: Wir brauchen eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung. Das heißt, alle EU-Staaten müssen dazu verpflichtet werden, armutsfeste und existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent des mittleren Durchschnitteinkommens des jeweiligen Mitgliedstaates liegen. Außerdem muss garantiert werden, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort auch gleich bezahlt wird. Nur so lässt sich Lohn- und Sozialdumping zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten verhindern.
Viertens: Im digitalen Bereich sind die Verhältnisse zwischen Bürger*innen, Unternehmen und Regierungen im ständigen Wandel. Die negativen Auswirkungen staatlicher Überwachung geraten zunehmend aus dem Blick (Problem Corona-App) - nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch gesellschaftspolitisch vernünftig. Digitale Bürgerrechte und Datenschutz müssen unumstößliche Schranken für die Wirtschaft bleiben.
Fünftens: Der kritische Widerstand der Gesellschaften gegen massiv profitorientierte Freihandelsverträge zeigt, dass wir alternative, faire und ethisch stichhaltige Handelsmandate benötigen. Diese müssen dringend mit Umweltschutz, Nachhaltigkeit und sozialen Standards wie "FairTrade" verknüpft sein.
Sechstens: Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie fehlgeleitet die bisherige Sicherheits- und Militärpolitik der EU war. Statt die Milliarden im EU-"Verteidigungsfonds" in Panzer, Drohnen und Gewehre zu verschwenden, sind sie viel sinnvoller in die Infrastruktur, den Klimaschutz und die Gesundheitsvorsorge investiert.
Siebtens: Die europäische Asyl- und Migrationspolitik ist krachend gescheitert! Die EU verbarrikadiert ihre Außengrenzen. So sperrt sie Menschen aus, die ihr Leben vor Krieg und Hunger retten wollen. Damit verletzt sie die Europäische Menschenrechts- und Genfer Flüchtlingskonvention. Seit drei Jahren blockiert der Europäische Rat ein neues Asylsystem. Der neue EU-Migrationspakt muss das individuelle Asylrecht schützen, Geflüchtete fair in der EU verteilen und sichere Fluchtwege schaffen. Das fordern wir von der deutschen Ratspräsidentschaft.
Die #EU2020DE bietet eine Chance, die EU wieder an die Bedürfnisse der Einzelnen und nicht an die Interessen der Konzerne der großen Mitgliedstaaten anzupassen. DIE LINKE im EP fordert die Bundesregierung auf, diese Chance nicht zu verspielen."

Özlem Alev Demirel, Cornelia Ernst, Martina Michels, Martin Schirdewan, Helmut Scholz

LINKS BEWEGT: Ein online-Magazin zum Mitmachen



Manchmal scheint es so, als bewege sich die Welt in die falsche Richtung: Die weltweite Ungleichheit nimmt zu. Immer deutlicher werden die Folgen der Klimakatastrophe. Autoritäre Rechtspopulisten sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Doch zugleich macht mir vieles Hoffnung: Wenn sich Beschäftigte gegen Ausbeutung wehren. Wenn sie ihr Recht auf eine Zukunft in einer lebenswerten Umwelt einfordern. Wenn sie nicht hinnehmen, dass ihre Freund*innen und Bekannten rassistisch diskriminiert werden. Wenn sie sich bedingungslos humanistisch solidarisch verhalten. Und: Wenn sie sich durch warme Worte in bigotten Sonntagsreden nicht abspeisen lassen, sondern Taten einfordern. Unser Danke heißt "Mehr Gehalt", unsere Politik heißt "Mieten deckeln". Unser Danke heißt "13 Euro Mindestlohn sofort", unsere Politik heißt "Waffenexporte stoppen". Und nicht zuletzt: Zu uns gehören alle, die hier gemeinsam mit uns leben. Von Bertolt Brecht stammt der Satz, dass sich nur soviel Wahrheit durchsetzt, wie wir durchsetzen. Das stimmt. Zudem: Es bewegt sich nur etwas, wenn wir uns bewegen. Und nur dann setzen wir es durch. Als DIE LINKE bewegen wir Dinge und setzen sie durch, wie den Mietendeckel in Berlin. Wir sind Teil sozialer Bewegungen. Gemeinsam kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit, mutigen ökologischen Wandel, Antifaschismus und antirassistischen Alltag. Für Frieden, ohne Wenn und Aber. Und wir bewegen Gedanken mit interessanten Perspektiven, Analysen und Vorschlägen. „Links bewegt“ soll neue Perspektiven aufzeigen, interessante Analysen liefern und Vorschläge unterbreiten. Links bewegt ist unser digitales Magazin - nicht nur für Mitglieder. Wir stellen Menschen vor, die vor Ort für DIE LINKE aktiv sind. Wir berichten über Aktionen, recherchieren politische Themen und geben Tipps. Zum Beispiel, wie man rechten Parolen Paroli bietet, linke Kommunalpolitik stark macht oder gemeinsam eine Aktion macht. Hier ist auch der Ort für gemeinsame Debatten - solidarisch, wenn es sein muss auch kontrovers. Dazu gibt es Buch- und Filmkritiken, ein Online-Quiz sowie linke Popkultur und Veranstaltungshinweise. DIE LINKE geht mit diesem Blog von und für Mitglieder einen neuen Weg in der Mitgliederkommunikation: Online sind wir aktueller und flexibler als ein gedrucktes Magazin. Wir sind da, wo unsere Mitglieder, gleich welcher Altersgruppe, auch heute schon sind: im Netz. Als erste Partei in Deutschland starten wir ein Online-Magazin mit journalistischem Anspruch für unsere Mitglieder und alle, die sich für unsere Politik interessieren.
Doch nur mit Euch wird das Magazin zu einem echten Erfolg. Schreibt uns, wenn Ihr vor Ort Dinge angestoßen habt und wenn DIE LINKE politische Erfolge erkämpfen konnte. Schreibt uns auch, was Euch stört und aufregt. Debattenbeiträge sind ebenso willkommen, wie Euer Feedback. Nun aber viel Spaß beim Lesen! Und nicht vergessen: Dieses Magazin ist ein Magazin in Bewegung und wird sich weiterentwickeln, wenn ihr mitmacht.

Euer Jörg Schindler
Bundesgeschäftsführer
der Partei DIE LINKE

Gute Rente, gutes Leben!

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen: Damit wird ihre Rente noch mal drastisch gekürzt!
Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Al-



tersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht. Das muss dringend geändert werden!
Wir wollen diese Entwicklung umkehren! Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wieder hergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro netto mehr im Monat für einen »Standardrentner«.
Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt.
Um Altersarmut zu bekämpfen, wollen wir eine armutsfeste, solidarische Mindestrente für ältere Menschen im Rahmen der Rentenversicherung.

Chance vertan?

In jeder Krise steckt die Chance, etwas grundlegend zu verändern. Mit ihrem aktuellen Konjunkturprogramm verzichtet die Bundesregierung darauf, sozial- und klimapolitisch neue Wege einzuschlagen. Die Große Koalition will stabilisieren, nicht reformieren - und setzt dabei vollkommen falsche Prioritäten. So pumpt der Staat bis zu 10 Milliarden Euro in neue Rüstungsprojekte, und damit mehr als im Paket für Familien und Bildung vorgesehen ist. Pflegekräfte und kinderlose Leistungsbeziehende gehen hingegen leer aus. Bernd Riexinger zeigte sich in der Pressekonferenz enttäuscht von den Plänen der Bundesregierung: "Es wurde eine Chance versäumt, einen nötigen sozial-ökologischen Umbau einzuleiten." Es sei ein großer Fehler, die Milliardenhilfen für Wirtschaft und Industrie nicht an soziale Bedingungen zu knüpfen. Dabei wäre es wichtig gewesen ein Signal zu senden, für den Umbau der Wirtschaft im Sinne der Arbeitsplatzsicherheit und des Klimaschutzes.

Mindestlohn: Außer Applaus nichts gewesen?

*Die Mindestlohnkommission des Bundes empfiehlt, den Mindestlohn in Deutschland bis Juli 2022 schrittweise auf 10,45 Euro anzuheben. Zum Januar 2021 ist lediglich eine Steigerung um 15 Cent auf 9,50 Euro die Stunde geplant. Für den Fraktionsvorsitzenden und Arbeitsmarktexperten der LINKEN im Landtag, SEBASTIAN WALTER, ist das zu langsam und zu wenig: „Das zeigt, was der Corona-Applaus von Union und SPD wirklich wert war: So gut wie nichts! Die Kassierer*innen und Pflegekräfte, die uns durch die Krise gebracht haben, werden weiter mit einem Lohn abgespeist, der sie in die Altersarmut treibt “ Für eine armutsfeste Rente bedarf es eines Stundenlohnes von mindestens 12,83 Euro. Dieser Wert muss schnell erreicht werden, um die Altersarmut in Deutschland in den Griff zu bekommen. Walter forderte die Landesregierung auf, gegenzusteuern: „Wenn schon der Bund nichts tut, muss wenigstens Brandenburg handeln – der Vergabemindestlohn muss steigen. Auf 13 Euro pro Stunde, am 1. Januar 2021.”*

Kalenderblätter August

1945

Erstes Konzert nach dem Krieg

Im Konzerthaus Potsdam findet am 9. August das erste Konzert nach dem Kriege statt. Die Pianistin Mary Oppermann spielt Werke von Joseph Haydn, Ludwig van Beethoven, Frederic Chopin und Franz Liszt.

1960

15.Jahrestag des Potsdamer Abkommens

Großkundgebung am 2. August auf dem Platz der Nationen aus Anlass des 15. Jahrestages des Potsdamer Abkommens. Die Kundgebung steht unter der Losung „Deutschlandplan, Kampfplan des deutschen Volkes“. Dr. Bolz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR und Außenminister, erklärt: „Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben das Potsdamer Abkommen in die Tat umgesetzt.“

1970

Nie wieder Krieg

Im Schloss Cecilienhof findet am 4. August eine Veranstaltung des Nationalrats der Nationalen Front anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens statt. Etwa 100 führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren der Einladung gefolgt. Otto Winzer, Außenminister der DDR, erklärt in seiner Rede u.a.: „Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Politik des Friedens und der Sicherheit im Sinne der Zielsetzung des Potsdamer Abkommens konsequent fortsetzen. Ihre gesamte Innen- und Außenpolitik ist darauf gerichtet zu verhindern, dass jemals wieder von deutschem Boden Krieg ausgehen kann.“

1980

Potsdamer Jagdfest

Der Jugendklub des Jugendzentrums „Drushba“ ist Träger des 1. Potsdamer Jagdfestes. Staffel- und Hürdenläufer, Basteln für Kinder, Kutschfahrten, Scheibenschießen, Jagdmodenschau (für den Zirkel „Textilgestaltung des Kulturhauses „Herbert Ritter“ ist es die 50. Modenschau), Wissenstest über die Forstwirtschaft, Pilzberatung stehen auf dem Programm. Das Zentrale Orchester der Forstwirtschaft der DDR und die Siegfried-Lenz-Combo spielen auf, eine Feldküche der Grenztruppen der DDR versorgt.

1990

Das Arbeitsamt meldet

das Arbeitsamt Potsdam vermeldet am 10. August für Ende Juli 8.765 Arbeitslose, 3.741 mehr als einen Monat zuvor. Hinzu kommen 30.610 Kurzarbeiter.

2005

Ehrung für Otto Wiesner

Offizielle Geburtstagsgratulation am 15. August für Otto Wiesner zum 95. Geburtstag im Bürgerhaus am Schlaatz. Zu den Gratulanten zählen Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Lan-des Brandenburg, Jann Jakobs, Oberbürgermeister von Potsdam, und Rolf Kutzmutz, Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS.

Am 100. Geburtstag Otto Wiesners – am 14. August 2010 - fordern die Ortsvereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und der Humanistische Verband Potsdam/Potsdam-Mittelmark während einer Gedenkveranstaltung am Grabe Wiesners auf dem Neuen Friedhof, eine Straße oder einen Platz in Potsdam nach ihm zu benennen.

2010

In Gedenken an Hans Otto

Marcus Pilarski und Lutz Boede von der Potsdamer Gruppe des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten wollen am 110. Geburtstag von Hans Otto (10. August) am Hans-Otto-Theater einen Blumenstrauß niederlegen. Doch weder ein Vertreter der Stadt noch des Theaters sind anwesend. Erst auf Nachfragen am Theater wird ihnen die Tür geöffnet und sie können an der im Foyer aufgestellten Büste des Schauspielers ihren Strauß niederlegen.

75 Jahre Potsdamer Abkommen

Während des Zweiten Weltkriegs wird die "Anti-Hitler-Koalition" durch den gemeinsamen Feind geeint: 1943 stimmen die drei Hauptalliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion in Teheran ihre Kriegsziele ab, Anfang 1945 legen sie in Jalta in groben Zügen die Nachkriegsordnung fest. Als jedoch Nazi-Deutschland Anfang Mai 1945 bedingungslos kapituliert, treten die unterschiedlichen Interessen der Verbündeten immer stärker in den Vordergrund. Die Atmosphäre ist seit Jalta deutlich frostiger geworden. Argwöhnisch beobachtet der Westen Stalins Expansionspolitik in Osteuropa. Schon kurz nach Kriegsende spricht der britische Premier Winston Churchill vom "Eisernen Vorhang", der nun Europa teile.
Am 17. Juli 1945 ist es soweit: Churchill trifft in Potsdam mit US-Präsident Harry S. Truman und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Josef Stalin zusammen. Nach außen wird Gemeinsamkeit demonstriert: "Wir sind heute hierher gekommen, um die Fahne des Sieges zu hissen über der Hauptstadt unseres größten Feindes", sagt Truman. Ursprünglich sollte Berlin - als Hauptstadt der besiegten Deutschen - Konferenzort sein. Doch dort gab es kein geeignetes, unzerstörtes Gebäude. Schließlich fand sich 30 Kilometer entfernt das Potsdamer Schloss Cecilienhof in der sowjetischen Besatzungszone.
Als Hausherr ist Stalin Gastgeber der Beratungen.



Am 25. Juli 1945 wird die Zusammenkunft wegen der bevorstehenden Bekanntgabe des Ergebnisses der britischen Unterhaus-Wahlen unterbrochen. Da die von Churchill geführte Konservative Partei eine Niederlage erleidet, tritt er zurück. Seinen Platz in Potsdam nimmt der neue Premierminister Clement R. Attlee ein, und die Beratungen gehen weiter. Im Potsdamer Abkommen legen die vier Siegermächte (Frankreich schloss sich dem Potsdamer Abkommen am 7. August 1945 offiziell an) nun die politischen Grundsätze für die Zukunft und Besetzung Deutschlands, die sie über den Alliierten Kontrollrat gemeinsam in allen vier Besatzungszonen durchsetzen wollten, fest: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Demontage.
Geplant war ein Nachkriegsdeutschland ohne Waffen und ohne jegliche Rüstungsindustrie. Nie wieder sollte von Deutschland die Gefahr eines Krieges ausgehen.
Doch die Interpretationen unterscheiden sich, wie sich später zeigt. Noch in Potsdam gibt Truman den Befehl, Atombomben über Hiroshima und Nagasaki zu zünden, um Japan zur Kapitulation zu zwingen. Am 2. August 1945 gehen die "Großen Drei" schließlich auseinander. Zwar sind weitere Treffen geplant, doch dazu kommt es nicht mehr. Die Potsdamer Konferenz wird zum Vorboten des Kalten Krieges. Zugleich legt sie den Grundstein für die Teilung Deutschlands. -bm

Mehr soziale Infrastruktur im Bornstedter Feld

SASCHA KRÄMER für mehr Dialog mit BürgerInnen bei der Planung der neuen Sportplätze im Remisenpark des Volksparks



Mit dem Start der Planungen für die neuen Sportplätze im Volkspark Potsdam muss die Stadtverwaltung in den Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern treten. Die Sportplätze im Potsdamer Norden werden dringend benötigt, aber die direkten Anlieger haben ein Recht darauf, frühzeitig in die Planungen eingebunden zu werden. Ich plädiere dafür, dass wir uns der Thematik in einem offenen und sachlichen Diskurs nähern: Anwohner, Verwaltung und Politik vor Ort und bevor Beschlüsse gefasst werden. Nur mit einem offenen und transparenten Dialog kann verhindert werden, dass Anwohnerinnen und Anwohner sich übergangen und von Politik und Verwaltung nicht ernst genommen fühlen. Potsdam ist eine wachsende Stadt und braucht neben vielen wichtigen Dingen auch Sportplätze und dies im wachsenden Norden, der diesbezüglich lange vernachlässigt wurde. Im Bornstedter Feld war die Wohnbebauung wichtiger als die Schaffung einer sozialen Infrastruktur, die aus dem reinen Wohnen auch Leben macht. Der Fehler liegt darin, dass die Fläche immer weiter zugebaut wird, mehr und mehr Menschen kommen und der kleiner werdende Volkspark wird (notgedrungen) überfrachtet. Hier tat sich die CDU in den vergangenen Jahren kaum als Kämpferin für weniger Bebauung hervor. Die Verkleinerung des Volksparks vor zwei Jahren wurde mitgetragen – die Auswirkungen spüren wir heute. Die Verkleinerung und den Zuzug kann man nicht mehr rückgängig machen. Nun brauchen wir auf den wenigen vorhandenen Flächen vor allem mehr Sportflächen und Bildungsinfrastruktur. Wenn die CDU inhaltlich in Potsdam aufgefallen ist, dann durch ihren Einsatz für Sportplätze. Sei es an der Sandscholle oder jüngst beim Waldstadtcampus. Sport war immer wichtiger als der lokale Bürgerwillen und der Naturschutz. Verwunderlich ist daher deren Haltung im Bornstedter Feld. Dort reden sie eine neue Konfliktlinie wird die Debatte um einen möglichen Fußballplatz im Remisenpark, dort wo sich heute u.a. eine Obstwiese und ein "wilder" Fußballplatz befindet.

Warum gibt es diese Debatte? Der Sportplatz am Lerchensteig, der Ort auserkoren war, ist verkehrsmäßig schlecht angebunden, unbefestigte und unbeleuchtete Wege führen übers Feld, Straßen ohne Fahrradwege und wenig Busverkehr. Kinder müssten zum Sport mit dem Auto gebracht werden. Zudem ist der Platz unverhältnismäßig teuer und irgendwie nicht so richtig gewollt. Darum untersucht die Verwaltung eine bereits geprüfte Alternative erneut. Das ist ihre Aufgabe und keine Provokation. Dabei sind Änderungen der einstigen Pläne möglich und im Gespräch mit den Anwohnern lassen sich bestimmt auch die ein oder anderen Faktoren ändern.

Das Bornstedter Feld darf keine Schlafstadt werden, sondern ein lebendiger Stadtteil, der die Bedarfe vieler seiner EinwohnerInnen abdecken kann. Ob klein oder groß, jung oder alt, ruhebedürftig oder sportlich aktiv, Naturliebhaber oder Leseratte, künstlerisch begabt oder Rutschenfreund, Kita, Jugendclub oder Kneipe... Diese Vielfalt macht den Stadtteil erste lebendig und lebenswert.

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer

Sonnenschutz auf Spielplätzen

*Gemeinsam haben wir - die Stadtverordnete Anja Günther und ich – in der SVV die Schattensituation auf Potsdamer Spielplätzen erfragt (Kleine Anfrage 20/SVV/0639). Wir freuen uns über die sehr detaillierte und nach Stadtteilen gegliederte Aufstellung der Potsdamer kommunalen Spielplätze. Weniger freut uns jedoch, dass dem Hitzeschutz von Spielplätzen bisher keinerlei Bedeutung zugemessen wird. Spielplätze müssen daher unbedingt im Hitzeschutzkonzept der Stadt Berücksichtigung finden. Von 145 städtischen Spielplätzen sind nämlich bisher nur 51 und damit 35% zu einem Großteil beschattet. Gut jeder 5. Spielplatz hat sogar gar keinen Schatten - hier ist akuter Handlungsbedarf gefragt. Auf Grund der zunehmenden Hitze durch den Klimawandel muss jeder Spielplatz mindestens eine Teilbeschattung aufweisen, um jederzeit nutzbar zu sein. Für einen langfristigen Schutz müssen daher Bäume und Sträucher gepflanzt werden. Kurzfristig sind auf allen Spielplätzen mit gar keiner oder nur 25% Beschattung Sonnensegel aufzustellen. Die dafür entstehenden Unkosten müssen im Haushalt zukünftig eingeplant werden. Das sollte uns das gesunde Aufwachsen der jüngsten Potsdamer*innen wert sein. Dafür bringen wir nun folgenden Antrag in die SVV ein: Der Oberbürgermeister wird beauftragt,*

- bis Ende 2021 auf allen 31 unbeschatteten kommunalen Spielplätzen (siehe Kleine Anfrage 20/SVV/0639) für einen kurzfristigen Teilsonnenschutz mittels Sonnensegeln sowie einen langfristigen Sonnenschutz durch geeignete Bepflanzung zu sorgen. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ende 2020 ein Zwischenbericht zu geben.

- zu prüfen, inwieweit auf allen 145 vorhandenen kommunalen Spielplätzen mindestens eine Beschattung von 50% erreicht werden kann (verschiedene Möglichkeiten und deren Kosten). Der Stadtverordnetenversammlung ist hierzu bis Ende 2020 zu berichten.

- Hitzeschutzmaßnahmen für kommunale Spielplätze im Hitzeschutzkonzept der Stadt Potsdam mit aufzunehmen. Dabei sind für künftige Spielplätze immer mindestens 50% Beschattung zu planen und umzusetzen. Der Stadtverordnetenversammlung ist hierzu bis Ende 2020 eine entsprechende Neufassung vorzulegen.

Tina Lange

Fußweg in der Ziolkowskistraße

Seit längerem war der Fußweg neben dem Sportplatz in der Ziolkowskistraße ein Gegenstand heftiger Kritik. Vor allem für ältere Menschen war er eine echte Gefahr. Aber es gab keine Alternative, da es auf dieser Straße nur einen Gehweg gibt und Umwege erheblich länger sind. Erst kürzlich hat mich ein Anwohner im höheren Lebensalter vorwurfsvoll darüber informiert, dass er auf dem Weg gestürzt sei und sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Er verband das mit der Bemerkung, dass es nicht ausreiche, wenn ich wiederholt dazu in der Stadtverordnetenversammlung angefragt hätte. Um so erfreulicher war es, dass ich den Bürger über die unmittelbar bevorstehende Sanierung des Weges informieren konnte. Nach zahlreichen Anfragen und Gesprächen ist es endlich so weit, dass mit einem neuen Gehweg ein Stück mehr Lebensqualität am Stern geschaffen wird. Es lohnt sich also, unmittelbar an den Problemen dran zu bleiben. Allerdings bin ich mir darüber im Klaren, dass es noch mehr Gehwege gibt, die sich in einem ähnlich schlechten Zustand befinden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Aufenthaltsqualität in der Karl-Liebknecht-Straße (Babelsberg) verbessern



Die Aufenthaltsqualität der Karl-Liebknecht-Straße unterscheidet sich auf ihren Abschnitten stark. Wesentlichen Anteil daran haben auch die vielen Geschäfte und Initiativen, die die anliegenden Außenflächen aktiv mitgestalten und positiv beeinflussen. Dort, wo das nicht der Fall ist, sind die Straßenbegleitflächen wenig genutzt. Die Vorfläche der ehemaligen Post ist spätestens seit deren Leerstand alles andere als einladend. Aus diesem Grund beauftragt die Linksfraktion den Oberbürgermeister Maßnahmen zu prüfen, die die Aufenthaltsqualität in der Babelsberger Karl-Liebknecht-Straße erhöhen können. In die Prüfung möglicher Maßnahmen sind die Akteure vor Ort (bspw. Aktionsgemeinschaft Babelsberg, AWO-Kulturhaus, Bruno-H.-Bürgel-Grundschule, Netzwerk Babelsberg) einzubeziehen.

Ein mögliches Beispiel zur Verbesserung der Ausgangslagen, könnte der Entwurf „Urban Gardening" von Christoph Gehre (FOTO) sein. Dieser Vorschlag soll zusammen mit andere Möglichkeiten mit den Akteuren vor Ort diskutiert werden. Allen voran die Aktionsgemeinschaft Babelsberg bringt sich seit vielen Jahren aktiv in die Gestaltung des öffentlichen Raumes in der Karl-Liebknecht-Straße ein und muss mit den anderen Akteuren in die weitere Entwicklung der Straße einbezogen werden.

Minderheiten-Namensrecht: Was lang währt, wird gut?

Die Landesregierung hat eine Kleine Anfrage zu den geplanten Veränderungen im Minderheiten-Namensrecht beantwortet Dazu erklärt die minderheitenpolitische Sprecherin und Vorsitzende der LINKEN im Landtag, KATHRIN DANNENBERG: „Seit Jahren fordern Minderheitenorganisationen, dass es Sorbinnen und Wendinnen endlich erlaubt wird, ihren Familiennamen entsprechend den Regeln ihrer Muttersprache zu verwenden. Die Landesregierung unterstützt – wie DIE LINKE – diese Forderung seit langem. Dennoch ist der Weg vom Bericht der Expertenkommission des Bundesinnenministeriums bis zur Änderung der Gesetze noch weit: „Nach einem so langem Vorlauf", meint Kathrin Dannenberg, „waren zügige Änderungen des Namensrechts angezeigt." Die schwarz-rote Koalition in Berlin verschiebt die Entscheidung aber auf die Zeit nach der Bundestagswahl. Ob die Veränderungen dann kommen, wird maßgeblich davon abhängen, dass der Druck der Minderheitenorganisationen und der beiden Landesregierungen nicht nachlässt. „Ich erwarte, dass sich die brandenburgische Regierung nicht einfach zurücklehnt und abwartet, sondern diese Forderung im Interesse der Sorbinnen und Wendinnen beim Bund regelmäßig anspricht," so Dannenberg.

Zum Hintergrund: Nach sorbischer/wendischer Tradition ist es üblich, dass weiblichen Familiennamen je nach dem Familienstand eine bestimmte Endung angefügt wird: Verheiratete Frauen hängen ihrem Nachnamen im niedersorbischen Sprachraum ein -owa oder –ina an. Für unverheiratete Frauen ist das Suffix -ejc oder -ojc gebräuchlich. Bis heute lässt das deutsche Namensrecht solche geschlechtsspezifischen Familiennamen nicht zu. Vor der letzten Bundestagswahl sah die SPD, „grundsätzlich ... keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, da diakritische Zeichen nach der geltenden Rechtslage in allen amtlichen Dokumenten übernommen werden müssen," und das mit erheblichen Problemen in der Verwaltungspraxis verbunden wäre. Und die CDU/CSU antwortete auf die entsprechende Frage in den Wahlprüfsteinen der Domowina erst gar nicht.

Projekt „Wohnen am Stern" hat einen Siegerentwurf



Projekt „Wohnen am Stern" in Potsdam nimmt Gestalt an
Grafik: Baumschlager Eberle Architekten Hamburg

Das Stern-Center soll zu einem zentralen Quartier zwischen den Stadtteilen Am Stern, Alt-Drewitz und Gartenstadt Drewitz weiterentwickelt werden. Ende Juni 2020 fand nun im Rahmen des Gestaltungsverfahrens die Präsentation des Siegerentwurfs der Architektenbüros Baumschlager Eberle statt.

Das Konzept sieht vor, das Areal rund um das Einkaufszentrum durch vier Hochhäusern mit jeweils rund 60 Metern Höhe zu ergänzen. Darin sollen etwa 650 Wohnungen mit zusammen circa 60.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche entstehen. Die Häuser sollen jeweils leicht gegeneinander verdreht werden, sodass alle Wohnungen gut belichtet werden. Die abwechslungsreiche Fassade soll positiv auf die Umgebung abstrahlen. Durch unterschiedliche Wohnungsgrößen und -zuschnitte sollen hier auch Wohnungen im preisgedämpften Segment geschaffen werden – also zu Mieten, die zwischen den subventionierten Mieten des sozialen Wohnungsbaus und den marktüblichen Neubaumieten liegen.

Das Projekt bedarf zu seiner Realisierung einer Änderung des bislang geltenden Planungsrechts. Die Einleitung eines entsprechenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens, das an den beiden maßgeblichen Standorten die Festsetzungen des bisherigen Bebauungsplans Nr. 22 „Stern-Center" ersetzen soll, hat die Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni 2020 beschlossen. Die inhaltliche Ausrichtung für dieses Planverfahren ist der prämierte Entwurf, der im Rahmen des weiteren Verfahrens auf der Basis der Empfehlungen des Begleitgremiums in einigen Punkten überarbeitet und angepasst werden wird. Das Ergebnis des Planverfahrens wird damit nicht vorweggenommen.

Zunächst werden die Ergebnisse des Gestaltungsverfahrens im August dem zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt; im Weiteren werden dann auch die Öffentlichkeit und die verschiedensten beteiligten Behörden Gelegenheit haben, sich zu den Zielen der Planung zu äußern.

Kinderarmut: Endlich handeln!



2,8 Millionen Kinder und Jugendliche wachsen in Armut auf - mehr als jeder fünfte Heranwachsende. Eine Analyse warnt vor einer Verschärfung infolge der Corona-Krise. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende KATHRIN DANNENBERG: „Kinderarmut in Deutschland ist seit Jahren ein wachsendes Problem. Obwohl dies der Politik bekannt ist und Lösungsvorschläge auf dem Tisch liegen, passiert wenig. Als Linke fordern wir seit langem, das Kindergeld umgehend auf 328 Euro zu erhöhen und eine Kindergrundsicherung von 564 Euro einzuführen.

Auch in Brandenburg verschärft die Corona Krise die ohnehin schon schwere Situation der Familien, besonders wer alleinstehend ist, in Teilzeit oder als Minijobber arbeitet. Wer zu dieser Gruppe gehört, verliert als Erster seinen Job oder bekommt nur vergleichsweise wenig beziehungsweise gar kein Kurzarbeitergeld. Die Armut der Kinder resultiert daher auch immer aus der Armut der Familien.

Viele außerhäusliche Unterstützungsangebote staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Natur konnten während des Corona-Lockdowns nicht fortgesetzt werden – mit Folgen für die bedürftigsten Kinder und Jugendlichen. Auch beim Homeschooling sind Kinder aus armen Verhältnissen benachteiligt, verfügen sie doch seltener über die notwendige technische Ausstattung und haben zum Teil auch keine Rückzugsräume zum ungestörten Lernen. 24 Prozent der Kinder im Grundsicherungsbezug haben keinen internetfähigen PC im Haushalt, 13 Prozent keinen ruhigen Platz zum Lernen. Fast die Hälfte der Kinder wohnt in einer Wohnung, in der nicht ausreichend Zimmer zur Verfügung stehen.

Dazu kommt, dass die Bundesregierung die ab 2021 geplanten Regelsätze für Hartz IV Bezieher in unhaltbarer Weise kleinrechnet. Tatsächlich müsste der Regelsatz bei über 600 Euro liegen, geringe 439 Euro sind aber nur vorgesehen. Die Leistungen für Kinder und Jugendliche liegen dabei sogar noch darunter.

Das ist inakzeptabel. Als derzeitigen Vorsitzenden des Bundesrates fordern wir Ministerpräsidenten Woidke auf, sich für die notwendigen Erhöhungen einzusetzen."

Jugendbildungsstätten langfristig sichern - außerschulische Lernorte stärken



Hirschluch

Eigentlich sind die Monate Mai, Juni und August, September die auslastungsstärksten des Jahres. In diesen 4 Monaten tummeln sich in den acht Jugendbildungsstätten Brandenburgs Kinder und Jugendliche, die an Klassenfahrten, Bildungsseminaren, Ferienfreizeiten oder internationalen Jugendbegegnungen, bspw. in Kooperation mit dem Deutsch–Polnischen Jugendwerk, teilnehmen. Doch nicht so in diesem Sommer. Die Jugendbildungsstätten, in denen je nach Größe jährlich zwischen 12.000 und 56.000 Übernachtungen stattfinden, sind nach der Komplettschließung in den ersten Wochen der Corona–Pandemie mit Stornierungen konfrontiert. Wenn es „gut“ liefe, könnten sie dieses Jahr 30% der üblichen Auslastung erreichen, andere hoffen darauf, noch 60 – 70% zu erzielen. Auch wenn das Land seine Förderung für ausgefallene Bildungsveranstaltungen nicht zurückverlangt und ein eigenes Hilfsprogramm für Bildungsstätten und KiEZe in der Höhe von 10 Millionen Euro aufgelegt hat, die drohenden Defizite können damit nicht kompensiert werden. Alle Leiter_innen der Jugendbildungsstätten waren sich auf meiner Sommertour einig: was sie brauchen sind Unterstützungen, die länger als drei Monate beansprucht werden können, wie im aktuellen Hilfsprogramm vorgesehen. Denn auf den tatsächlichen Lockdown folgt nun die Verunsicherung darüber, welchen Stellenwert außerschulische Bildungsorte in den kommenden Monaten haben werden. Die nächsten Monate werden dabei entscheidend. In ihnen wird sich zeigen, ob die Potentiale außerschulischer Lernorte erkannt, oder der Bildungsbegriff auf die Abarbeitung schulischer Curricula reduziert werden wird. Weder Klassenfahrten, noch in Bildungsstätten durchgeführte Projektwochen sind reine Freizeitvergnügen, in denen es ausschließlich um Stockbrot und Lagerfeuer geht. Im Mittelpunkt stehen bei ihnen die Interaktion zwischen den Kindern und Jugendlichen, das Entdecken und die Entwicklung von Interessen und Fähigkeiten, kurz das „Lernen durch Erleben“, wie es der Leitspruch der KiEZe zusammenfasst. Darauf zu verzichten würde nicht nur die Jugendbildungsstätten existenziell bedrohen, sondern wäre auch für die Kinder und Jugendlichen von Nachteil. Es braucht daher ein klares Bekenntnis zu den Jugendbildungsstätten und ihrer pädagogisch wertvollen Arbeit. Das meint nicht nur eine langfristige finanzielle Absicherung, sondern das tatsächliche Zusammenwirken schulischer und außerschulischer Bildung.

Isabelle Vandre



Schloss Trebnitz



Schloss Gollwitz

Müller und Vandre unterstützen Spendenkampagne der "Scholle 51"

Der Potsdamer Bundestagsabgeordnete Norbert Müller und die Potsdamer Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre (beide DIE LINKE) überreichten im Rahmen einer gemeinsamen Beratung einen Spendenscheck über 300 Euro an das Atelierhaus "Scholle 51" in Potsdam- West.
Norbert Müller erklärt hierzu: "Die Scholle 51 leistet seit Jahren unverzichtbare Arbeit für die Kultur und den Stadtteil. Das neue Konzept ist rundum überzeugend und zeigt, welche Integrationskräfte von der freien Kulturszene ausgehen."
Isabelle Vandre ergänzt: "Mit der Spende wollen wir einen kleinen Beitrag für den Erhalt von Proberäumen und Ateliers in der Landeshauptstadt leisten. Schließlich gibt es nach wie vor viel zu wenige Räume für kreatives Schaffen." Die "Scholle 51" ist einer der Anker der Potsdamer Kreativwirtschaft. Als Verein organisiert betreiben die Nutzer*innen das Haus gemeinsam. Auf ca. 550 Quadratmeter sind Ateliers, Proberäume und Büroarbeitsplätze zu finden. Seit 2018 betreibt der Verein das Haus in Erbbauacht und plant seitdem die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes. Ein Teil der Kosten wird dabei über eine Crowdfunding-Kampagne erschlossen. Wie der Vorstand vor Ort erläuterte, sollen diese Mittel vor allem für aufwendige Schallschutzmaßnahmen verwendet werden.
Interessierte Spender*innen finden auf www.startnext.com/scholle51 nähere Informationen.



Sofian Chahed neuer Cheftrainer der Turbinen

Mit einem 2:1-Sieg haben sich die Turbinen Ende Juni stark aus der Saison verabschiedet. Für die Fußballerinnen von Hoffenheim ging es als Tabellendritte theoretisch noch um die Teilnahme an der Champions League. Die Träume machte Gina Chmielinski mit ihrem ersten Saisontor gleich in der ersten Minute vorerst zunichte. Dem Ausgleich (Fabienne Dongus, 20.) folgte sehr spät der Siegtreffer durch Laura Lindner (80.). Turbine konnte sich nach einem schweren Start am Ende der Saison auf dem vierten Tabellenplatz behaupten, noch vor der SGS Essen und dem 1.FFC Frankfurt.
Sofian Chahed wird ab der Saison 2020/21 neuer Cheftrainer des 1. FFC Turbine Potsdam. Seine Aufgabe beschränkt sich nicht nur auf die „erste Mannschaft", er soll auch die Verbindung zu den Nachwuchstrainern herstellen und ein einheitliches Spielsystem aller Turbine-Teams fördern. An seiner Seite arbeiten die Trainer Dirk Heinrichs und Eric Steinborn.
Nach seiner aktiven Karriere als Defensivspieler u.a. bei Hannover 96



Rolf Kutzmutz stellte den neuen Trainer vor

und Hertha BSC begann der heute 37-jährige Chahed 2014 seine Trainerlaufbahn. In den vergangenen vier Jahren trainierte er verschiedene Juniorenteams (U14-U16) von Hertha BSC. Über seine neue Aufgabe sagt er: „Turbine Potsdam gehört zu den ersten Adressen im Frauenfußball. Der Verein hat eine große Tradition und verfügt über tolle Fans und eine hervorragende Nachwuchsarbeit. Ich freue mich sehr darauf, an der Erfolgsgeschichte künftig mitschreiben zu dürfen." Chahed verfolgte das letzte Saisonspiel seines neuen Teams live im Stadion und kommentierte: „Matthias Rudolph übergibt mir eine tolle Mannschaft, die einen hervorragenden Fußball spielt. Ich werde mit großer Freude alles daransetzen, dass die Turbinen auch in der neuen Saison eine gute Rolle in der Liga spielen. Die spannende Aufgabe bei Turbine Potsdam sehe ich als große Chance mich als Trainer weiterzuentwickeln."
Präsident Rolf Kutzmutz zur Verpflichtung von Sofian Chahed (FOTO): „Nach der Entscheidung zukünftig mit einem hauptamtlichen Trainer zu arbeiten und der damit verbundenen Absage von Matthias Rudolph bin ich froh in so kurzer Zeit einen geeigneten Trainer gefunden zu haben. Sofian Chahed kommt aus dieser Region, erfüllt unserer Anforderungsprofil und hat uns mit seinen Vorstellungen schnell überzeugt."
Die Saisonvorbereitung der ersten Mannschaft von Turbine Potsdam unter dem neuen Trainerteam begann am 20.07.2020.

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Ausstellung TRANSFORMALE


Projektskizze von Jay Gard als erste Visualisierung

Das Büro Kosmos des FÜR e.V. im Rechenzentrum richtet ab 4. September 2020 die Ausstellung im öffentlichen Raum TRANSFORMALE aus. Nach der Bewerbungsphase und einer Jurysitzung stehen nun die sieben teilnehmenden Positionen fest:
The Tiny Tour, Jay Gard, Christian Göthner, Sornrapat Patharakorn, Situation Room (Sven Bergelt & Kai-Hendrik Windeler), Anke Westermann,Gregor Bartsch, Udo Koloska & Joanna Waluszko.
Bei Rückfragen melden Sie sich gerne jederzeit unter 01577-1873560.

Voltaire-Lessing-Ehrung wieder instandgesetzt

Künstler Rainer Sperl hat im Juli 2020 gemeinsam mit der Kulturbeigeordneten Noosha Aubel das Kunstwerk „Voltaire-Lessing-Ehrung" präsentiert. Es steht in unmittelbarer Nähe zum Dampfmaschinenhaus (Moschee). Das Kunstwerk hatte Sperl selbst 1992 erstellt und nun zusammen mit der Stuckwerkstatt der Firma Roland Schulze umfassend instandgesetzt. Es war durch Verwitterung, Vandalismus und Graffiti stark beschädigt. Die Bronzereliefs von Voltaire und Lessing wurden gestohlen.
Die Reliefs von Voltaire und Lessing, das Buch, das Tintenfass und die Feder wurden dafür neu angefertigt. Die Sandsteine wurden gereinigt, Fugen geschlossen und Schriften wieder lesbar herausgearbeitet. Abgerundet wird das Kunstwerk jetzt durch eine Informationstafel, dessen Text in Zusammenarbeit mit der Studiengemeinschaft Sanssouci erstellt wurde.
Sperl hat Fragmente des ehemaligen Stadtschlosses zu einem gepflasterten halbrunden Arrangement angeordnet und mit Bronzeobjekten ergänzt. Er nimmt damit Bezug auf das ehemals ganz in der Nähe gelegene Marquisat. Dieses gartenkünstlerische Anwesen aus dem 18. Jahrhundert, bezeichnet nach dem französischen Schriftsteller und Philosophen Marquis d'Argens, der am Hof Friedrichs II. tätig war, besteht heute nicht mehr. Im Jahr 1751 wohnte der von Friedrich II. umworbene Voltaire im Marquisat, und im Frühjahr 1755 verweilte Lessing vermutlich ebenfalls dort, um die erste deutschsprachige Tragödie nach englischem Vorbild, „Miß Sara Sampson", zu vollenden. So sind dem Philosophen Voltaire Tintenfass und Feder und dem Dichter und Dramaturg Lessing ein Buch aus Bronze als Attribute zugeordnet. Daneben, auf zwei schräg geschnittenen Säulenstümpfen, stehen der alternde Voltaire und der noch junge Lessing im Porträtrelief aus Bronze im Dialog. Auf der rechts außen liegenden Spolie ist ein Text eingemeißelt, der sich auf die Geschichte jenes Marquisat bezieht.

Willkommen zurück, Tino Schmidt!



Zwei Jahre nach seinem Abschied vom Babelsberger Park, schließt sich ein alter Bekannter erneut unseren Kiezkickern an. Tino Schmidt, der im Jahr 2019 den Schritt aus der Regionalliga in die 3. Liga zu den Sportfreunden Lotte wagte und in der vergangenen Spielzeit in 22 von 23 möglichen Punktspielen für FC Viktoria 1889 Berlin auflief, wird zur Saison 2020/2021 wieder das Trikot des SV Babelsberg 03 überstreifen.
Der 26-Jährige und der SV Babelsberg 03 wissen, was sie aneinander haben, sodass sich beide Seiten über eine Rückkehr des gebürtigen Nordhäusers schnell einig waren. Seit Beginn der Vorbereitung auf die neue Saison trainiert Tino Schmidt bereits am Babelsberger Park, zu Wochenbeginn unterschrieb der Offensivspieler nun einen Zweijahresvertrag.
Rückkehrer Tino Schmidt, der in seiner sportlichen Vita sogar einen Kurzeinsatz in der 2. Bundesliga für den 1. FC Kaiserslautern vorweisen kann, zeigt sich voller Vorfreude auf sein zweites Engagement im Karl-Liebknecht-Stadion. "Ich freue mich sehr, wieder zurück zu sein und fiebere natürlich, wie wir alle, dem Saisonstart entgegen. Ich möchte schnellstmöglich an meine Leistungen von vor zwei Jahren anknüpfen und gemeinsam mit der Mannschaft eine gute Rolle in einer hochkarätig besetzten Liga spielen", schaut der flexible Offensivspieler voraus.
Herzlich Willkommen zurück, Tino!